

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Verlagspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des "Mittler Unterhaltungsblattes" in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkrügingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterkrügingrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinpostige Zeile 20 Pf. Im Restameteil die Zeile 50 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortl. Nr. 119.

Nr. 118.

Sonnabend, den 24. Mai

1919.

Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 24. d. Mts., in den Fleischereigeschäften der Gruppe H. Zur Verteilung gelangen an die fleischartenberechtigten Personen über 6 Jahre
125 g amerikanisches Schweinefleisch zu 1,52 M. und
100 g Dosenfleisch zu 1,00 M.,
an die fleischartenberechtigten Personen unter 6 Jahren
62 g amerikanisches Schweinefleisch zu 76 Pf.,
50 g Dosenfleisch zu 50 Pf.
Urlauber erhalten Fleisch bei Uhlmann.
Bei der Abgabe des Fleisches haben die Fleischer die auf der Rückseite der Fleischkarte mit den Nummern 1 und 6 bezw. 1 versehenen Abschnitte O nicht mit abzuschneiden.

Verkaufsordnung:	
R u S	in der Zeit von 8—10 Uhr vorm.,
N—Q u. T—Z	" " " " 10—12 " "
H—M	" " " " 1—3 " nachm.,
A—G	" " " " 3—5 " "

Eibenstock, den 23. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Haushaltungslisten für die Zwecke der Verteilung ausländischer Nahrungsmittel.

Nach der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 19. Mai 1919 (Amtsblatt Nr. 115) werden sämtlichen Haushaltungen bis Sonnabend, den 24. d. Mts., Vorbrude zu Haushaltungslisten behändigt werden.

Die Listen sind unverzüglich vollständig und wahrheitsgetreu auszufüllen und am Montag, den 26. d. Mts. vormittags in der städtischen Lebensmittelabteilung zurückzugeben.

Eibenstock, den 23. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Der Kleinhandelspreis für Kartoffeln

beträgt ab 24. d. Mts. 18 Pf. für das Pfund.

Eibenstock, den 23. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Frankreich ändert sich nicht.

Seitdem Frankreich nach Beendigung der Kriege mit England zu einem geschlossenen Einheitsstaat geworden war, hat es auch über seine Grenzen hinausgestrebt. Nach Italien und nach Deutschland zu. Nach Italien kam ein Stillstand, als die deutschen Landsknechte unter Georg v. Frundsberg den König Franz von Frankreich bei Pavia gefangen nahmen, aber 30 Jahre später fiel Mex in französische Hand. Seit dem dreißigjährigen Kriege richtete sich die Eroberungslust von Paris aus gegen Deutschland, und ein Menschenalter nachher war Straßburg schon eine französische Stadt. Von den Nordbremeren in der Pfalz und am Rhein erzählen die Trümmer des Heidelberger Schlosses und andere Ruinen. Napoleon drang zu Anfang des vorigen Jahrhunderts am weitesten in Deutschland mit seinen Besitzergreifungen vor, Hamburg ward eine französische Stadt. Nach den Freiheitskriegen blieb Elßaß-Lothringen französisch, aber schon nach zwanzig Jahren, unter dem Bürgerkönig Ludwig Philipp zeigte sich wieder die Begehrlichkeit nach dem linken Rheinufer. Der dritte Napoleon forderte ganz offen deutsches Gebiet als Kompensation und machte an Bismarck bestimmte Vorschläge. Nach 1871 hörte aus Frankreich das Revanchegeheiß nicht auf. Und heute genügt Elßaß-Lothringen nicht mehr, der Rhein soll die französische Grenze sein. Wenn Deutschland ganz herunter ist, denkt man in Paris ohne Schwierigkeit das Rheingebiet zu erlangen. Und später noch mehr.

Die Geschichte der französischen Politik in den letzten 300 Jahren stellt also eine zielbewusste Vergrößerung auf Deutschlands Kosten dar, die unter jeder Regierungsform beibehalten ist. Das absolute Königreich, das Kaiserreich, die Republik, selbst das Bürgerkönigtum Louis Philipps haben den Chauvinismus der Franzosen durch den Hinweis auf Losreisungen von deutschen Gebietsteilen aufrechterhalten. Die Franzosen sind ein kriegs- und eroberungslustiges Volk, und diesen ihren durch Jahrhunderte unverändert beibehaltenen Charakter werden sie heute ganz gewiß nicht aufgeben, wo sie das neue Ziel, der führende Staat auf dem europäischen Festlande zu werden, zum Greifen nahe haben. Wir werden mit unseren Versöhnungswünschen die Franzosen nicht zu anderen Leuten machen, und auch Präsident Wilson wird das mit seinem idealen Völkerbund nicht fertig bringen, den die Pariser Zeitungen bloß noch ironisch „Wilson's Stelzenpferd“ nennen.

Das ist boshaft. Auch König Eduard von England konnte boshaft sein, und er war das, als er 1906 in einem Gespräch die deutsche Kriegsflotte „Billie (jenes kaiserlichen Reffen) Stelzenpferd“ nannte, obwohl seine Einkreisungspolitik uns zu immer weiteren Rüstungen zwang. Aber wenn König Eduard auch boshaft sein konnte, so war er doch wohl nicht so bösartig, wie die heutigen Männer der Entente, diesen Untergang, den uns der Schmachtriede zumutet, hätte er, der Sohn eines deutschen Vaters, uns doch wohl nicht gewünscht. Aber die Männer und Böler von heute, den französischen Haß

und den in Geringschätzung umgeschlagenen englischen Haß und die amerikanische Geschäftspolitik ändern wir nicht. Und die Zukunftsmöglichkeiten sind, das sei immer wiederholt, heute nicht da. Viel verlieren bleibt uns in jedem Fall, aber doch wenigstens etwas muß uns der Friedensvertrag an Baumaterial für die Wiederrichtung Deutschlands lassen, und damit werden wir auch wieder in die Höhe kommen. Unsere Gegner ändern sich nicht, aber wir, wir müssen es tun, dann hilft uns kein Gott. Wm.

Antrag auf Fristverlängerung.

Sechs Noten noch zu übergeben.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, hat folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet:

Verailles, den 20. Mai 1919.

Die deutsche Friedensdelegation beabsichtigt, in den nächsten Tagen noch über folgende Punkte Mitteilungen an die alliierten und assoziierten Regierungen gelangen zu lassen, von denen sie annimmt, daß sie unter den Begriff der praktischen Vorschläge fallen:

1. Eine Note über die territorialen Disputen;
2. eine Note über Elßaß-Lothringen;
3. eine Note über die besetzten Gebiete;
4. eine Note über Umfang und Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadensersatzpflichten;
5. eine Note über die weitere praktische Behandlung der Fragen des Arbeiterrechts;
6. eine Note über die Behandlung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland.

Außerdem ist eine Zusammenfassung der Bemerkungen in Arbeit, zu denen der Entwurf des Friedensvertrages in seinen Einzelbestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet. Da die hier behandelten Fragen zum Teil sehr verwickelter Art sind und mit den Sachverständigen sowohl in Versailles, als in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden sie in der von Guér Ezzelez am 7. d. M. bezeichneten Frist von 15 Tagen nicht sämtlich erledigt werden können, wenn die Delegation sich auch bemühen wird, möglichst viele der Noten innerhalb der Frist zu übergeben. Mit Rücksicht hierauf stelle ich namens der deutschen Friedensdelegation den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten schon jetzt als zum Gegenstand der schriftlichen Erörterung gemacht anzusehen und uns für eine eingehendere Darlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.
Brockdorff-Rantzau.

Das Eruchen des Grafen Rantzau um eine Fristverlängerung ist auch dem Reichskabinett unterwartet gekommen. An Regierungsstelle ist am

Dienstag ausdrücklich erklärt worden, daß die Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge genau nach Ablauf der von den Alliierten gestellten Frist erfolgen werde. Erst in der Nacht zum Mittwoch trat in Berlin die Mitteilung des Grafen Rantzau ein, daß er infolge technischer Schwierigkeiten sich genötigt sehe, den Präsidenten der alliierten Delegationen um eine Hinusschiebung des Termins zu eruchen. Es sei der Delegation trotz aller Anstrengung nicht möglich, die Ueberreichung der Gegenvorschläge ins Französische und die rein technische Fertigstellung der deutschen Vorschläge rechtzeitig zu ändern. Es sei auch nicht vorzuziehen, welcher Zeitraum dafür noch notwendig sei, und deshalb habe er davon abgesehen, einen neuen bestimmten Termin für die Ueberreichung festzusetzen. Es werde sich aber nur um wenige Tage handeln.

Nachdrücklich wird an zuständiger Stelle betont, daß die Verzögerung der Ueberreichung nicht allein darauf zurückzuführen sei, daß sich noch in letzter Stunde Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Cabinet und der Delegation ergeben haben. Die Delegation hat keine Abänderungsanträge gestellt.

Vorausichtliche Gewährung kurzer Nachfristen.

Dem Pariser „Temps“ zufolge, hatte man seitens der Vertreter der Entente allgemein erwartet, daß die deutschen Delegierten für die Vorlegung ihrer Gegenvorschläge eine Ergänzungsfrist zu dem am 2. Mai 3 Uhr nachmittags ablaufenden Fristverlangen würden. Der Vierterat werde die auf die Gegenvorschläge zu erteilenden Antworten erörtern, die Graf Brockdorff-Rantzau zustellen und diesmal wahrscheinlich den deutschen Bevollmächtigten eine ziemlich kurze Frist zur Annahme oder Ablehnung zur Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung angeben. Jedenfalls könne die Zeremonie im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles nicht vor der ersten Juniwoche stattfinden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wahregelung eines deutschen Vertreters in Spa. Major Papst von Oheim, der Vorsitzende der deutschen Unterkommission für Kriegsgefangene bei der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa, hat seine Tätigkeit einstellen müssen, wegen eines in Berlin gehaltenen öffentlichen Vortrages, in dem er die sechs Monate langen vergeblichen Bemühungen der deutschen Waffenstillstandskommissionen schilderte, die deutschen Kriegsgefangenen zu befreien oder wenigstens ihre harte Los zu mildern. Unter den Zuhörern befand sich ein französischer Offizier, Mitglied der französischen Kommission in Berlin, der darüber Bericht erstattete. Daraufhin hat Marschall Foch verfügt, daß Major von Papst „wegen verleumdender Äußerungen“ gegen die interalliierte Waffenstillstandskommission die Stadt Spa zu verlassen habe. Diese Anordnung wurde vom Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission in Spa,